

Jahren Gefängnis oder 10 000 Dollar Geldstrafe oder beiden Strafen belegt werden.

2. Die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei wird für illegal erklärt. Mitglieder der Kommunistischen Partei können jederzeit auf Grund von „Aussagen“, daß sie die „Absicht“ hatten, einen gewaltsamen Umsturz der Regierung herbeizuführen, inhaftiert werden.

3. Alle diese Maßnahmen können auch gegen andere demokratische Organisationen und ihre Mitglieder bzw. Anhänger verhängt werden.

Betrachten wir diese Entscheidung sowie ihre Hintergründe und Folgen im einzelnen.

*

Seit ihrer Gründung im Jahre 1919 ist die Kommunistische Partei der USA stets den Angriffen und Verfolgungen seitens der herrschenden Klasse und ihrer Regierung ausgesetzt gewesen. Zugleich mit der am

12. März 1947 verkündeten Truman-Doktrin, mit der die amerikanische Außenpolitik den berüchtigten „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ begann, wurden auch innenpolitisch in stärkerem Maße Repressalien gegen amerikanische Kommunisten angewendet. Der wachsende Terror hatte zahlreiche Verhaftungen und Prozesse zur Folge, aus denen vor allem der Prozeß gegen elf Funktionäre der Kommunistischen Partei (Eugene Dennis u. a.) in den Jahren 1948—1950 hervorrangt¹.

Dieser politische Prozeß war, da sich in den Strafgesetzen der USA kein Tatbestand fand, nach dem man die Führer der Kommunistischen Partei hätte verurteilen können, auf den Alien Registration Act vom 28. Juni 1940, das sog. Smith-Gesetz, gestützt. Dieses Gesetz dient aber — wie bereits die Überschrift besagt — der Registrierung von Ausländern und sollte damals die Versuche der faschistischen Regierungen Deutschlands und Japans vereiteln, Spione in die USA zu schicken.

Prof. Dr. Karl Loewenstein vom Amherst College (USA) unterstreicht, daß das Smith-Gesetz „eine durch den Krieg bedingte Kontrollmaßnahme“ ist, die „alle Ausländer und Staatenlosen anmeldepflichtig machte“. Es war — ebenso wie der Foreign Agents Registration Act vom 8. Juni 1938 i. d. F. des Gesetzes vom 7. August 1939 — „vorwiegend auf die nationalsozialistischen und faschistischen Umtriebe gemünzt, in der richtigen Annahme, daß die Agenten totalitärer Staatsparteien im Auftrage ihrer Regierung handeln ..“²

Diese Feststellungen eines — wie aus seinen Arbeiten klar hervorgeht — der Sympathie für den Kommunismus unverdächtigen amerikanischen Rechtswissenschaftlers bestätigen, daß das Smith-Gesetz bei seiner Annahme nicht gegen die Kommunistische Partei der USA gerichtet war und auch nicht sein konnte, weil es sich um eine legale Partei handelte.

Während des zweiten Weltkrieges war das Gesetz überhaupt nicht angewandt worden. Doch kaum war der Krieg beendet, benutzte es die amerikanische Regierung als Hauptwaffe gegen die Kommunistische Partei und die fortschrittlichen Kräfte überhaupt. Dazu genügte, daß das Gesetz auch einige Bestimmungen für amerikanische Staatsangehörige enthielt, die — wie Loewenstein lakonisch feststellt — „in der Folgezeit die Grundlage für die strafrechtliche Verfolgung der kommunistischen Funktionäre bildeten“³.

Das Smith-Gesetz bedroht nach § 2 mit Geldstrafen bis zu 10 000 Dollar und Gefängnis bis zu 10 Jahren alle jene,

1 vgl. hierzu im einzelnen William Z. Foster, Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten, Berlin 1956, S. 723 ff.; ferner Streit, Klassenjustiz in USA, NJ 1950 S. 107 f.

2 Loewenstein, Staatspolitik und Verfassungsrecht in den Vereinigten Staaten 1933 bis 1954. in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Neue Folge, Bd. 4, Tübingen 1955, S. 53/54.

3 a. a. O., S. 54. An anderer Stelle (S. 137) spricht Loewenstein von „systematischer Strafverfolgung auch der nach- und untergeordneten Funktionäre“ auf Grund des Smith-Gesetzes.

„die empfehlen, verkünden oder lehren die Notwendigkeit, Erwünschtheit oder Zulässigkeit des Sturzes irgendeiner Regierung in den Vereinigten Staaten durch Anwendung von Zwang oder Gewalt...“

die drucken, veröffentlichen, redigieren, herausgeben, verbreiten, verkaufen oder öffentlich ausstellen irgend etwas Geschriebenes oder Gedrucktes, das empfiehlt oder verkündet den Sturz irgendeiner Regierung in den Vereinigten Staaten . . . ,

die organisieren oder zu organisieren behilflich sind irgendeine Vereinigung, Gruppe oder Versammlung von Personen, die lehren, empfehlen oder betreiben den Sturz irgendeiner Regierung ..“⁴

Darüber hinaus ist nicht nur die Begehung dieser Handlungen, sondern auch der Versuch zur Begehung und die Verschwörung zur Begehung unter Strafe gestellt. So genügt es z. B., an Diskussionen teilzunehmen, welche — nach Auffassung von FBI-Beamten, die nicht dabei waren — die Absicht zum Gegenstand hatten, an irgendeinem unbestimmten künftigen Tag den Sturz der Regierung der USA durch Zwang oder Gewalt zu organisieren oder zu empfehlen oder auch nur zu lehren.

Bereits diese geschraubten Tatbestände machen sichtbar, daß der Kongreß der USA bei der Annahme des Smith-Gesetzes noch keine präzisen Vorstellungen von dem Personenkreis hatte, der mit dem Gesetz getroffen werden sollte. Ohne Zweifel bezog es sich aber auf alle jene untergründigen Kräfte, die in Gestalt der faschistischen „Fünften Kolonne“ vor Beginn und während des zweiten Weltkrieges auch in den USA wühlten.

Es gibt auf der anderen Seite weder in der Theorie noch in der Praxis der Kommunistischen Partei der USA irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß ihre Mitglieder — individuell oder kollektiv — unter den Tatbestand des Smith-Gesetzes fallen. Im Gegenteil: Das Statut der Kommunistischen Partei der USA enthält einen Artikel, der den Ausschluß eines Mitgliedes vorsieht, das Gewaltmethoden empfiehlt, lehrt oder anwendet. Die Kommunistische Partei der USA ist eine legale Partei, die sich legaler politischer Methoden bedient und entsprechend handelt. Zu diesen gehören: Agitation, offene Organisation, Beteiligung an Wahlkämpfen und dergleichen mehr. — Die Verfassung der USA aber garantiert die freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit und untersagt der Regierung, die Gedanken der Bürger unter Zensur zu stellen.

Diese unwiderlegbaren Tatsachen kennt jeder Kommunist in den USA; auch der Attorney General⁵ und der Supreme Court kennen sie. Die Opfer des Smith-Gesetzes wurden deshalb — von wenigen Ausnahmen abgesehen — nicht wegen Gewaltanwendung oder wegen „Empfehlung von Gewaltanwendung“ angeklagt und verurteilt. Sie wurden angeklagt, sich verschworen zu haben, „die Prinzipien des Marxismus zu lehren . . . , die nunmehr auf Anordnung der USA-Justizbehörden als gefährliche Gewalttheorie klassifiziert werden, die auf den Sturz der amerikanischen Regierung ausgehen“⁶.

Das Schema, nach dem Staatsanwalt und Gericht in den USA bei der Verfolgung von Kommunisten verfahren, schildert Loewenstein recht anschaulich: Zunächst identifizieren frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei, die sich als Verräter meist gegen Bezahlung zur Verfügung stellen, oder auch als Spitzel in die kommunistischen Gruppen entsandte FBI-Beamte die Angeklagten als Funktionäre oder Mitglieder der Kommunistischen Partei und beschwören, daß sie bestimmte marxistische Literatur bei Versammlungen usw. gelesen haben. Dieses Material wird als Beweismittel vorgelegt. Die Staatsanwaltschaft greift dann solche Be-

4 Zitiert nach Derek Kartun, USA 1953, Berlin 1953, S. 46.

5 Wörtlich: Generalstaatsanwalt. In den USA ist der Attorney General gleichzeitig auch Justizminister und gehört in dieser Eigenschaft der amerikanischen Regierung an. Diese Funktion hat zur Zeit Robert F. Kennedy, der Bruder des Präsidenten der USA, inne.

6 Derek Kartun, a. a. O., S. 48.